

Pressespiegel 2020 Press Documentation 2020

NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Konzernkommunikation

17.02.2020 / KW 07

„APA“, 17.02.2020

Casinos Austria - Sazka verhandelt mit ÖBAG über Syndikatsvertrag

Utl.: Tschechische Gruppe soll Standort- und Jobgarantie geben, Staatsholding umfangreiche Vetorechte bekommen - Treichl als Aufsichtsratschef im Gespräch - Komarek kommt zum Opernball

Wien (APA) - Die größte Casinos-Austria-Aktionärin, die tschechische Sazka-Gruppe von Milliardär Karel Komarek, verhandelt schon seit geraumer Zeit mit der staatlichen Beteiligungsholding ÖBAG über einen Syndikatsvertrag. Laut "Kurier" (Montag) ist Sazka bereit, nicht nur für die Casinos-Zentrale in Wien, sondern für alle Betriebe eine Standortgarantie abzugeben. Auch eine Jobgarantie soll es geben.

Ebenso versprechen die Tschechen, Bereiche nicht ins Ausland auszulagern, so die Zeitung ohne Nennung von Quellen. Bei der Sazka-Gruppe wollte man den Bericht auf APA-Anfrage nicht kommentieren. Nur so viel: die Verhandlungen mit der ÖBAG, der ein Drittel der Casinos Austria gehört, liefen schon eine ganze Weile. Laut "Kurier" könnte der Deal in wenigen Wochen stehen.

Die Staatsholding soll zudem umfangreichere Vetorechte bekommen, als im Aktiengesetz für eine Sperrminorität vorgesehen sind. Die Vetorechte sollen auch für alle operativen Entscheidungen gelten, wenn sie von größerer Relevanz für die Casinos Austria sind.

Die Syndikatsvereinbarung soll auf 15 Jahre befristet werden. In bestimmten Fällen jedoch könne Komarek vorzeitig kündigen, etwa wenn die Politik die Steuern erhöht oder falls die 2027 auslaufende Lotteriekonzession nicht verlängert wird.

Die ÖBAG würde auch das Nominierungsrecht für den Aufsichtsratschef und den Vorstandsvorsitz erhalten. Zum derzeitigen Vorstandsduo Bettina Glatz-Kremsner (CEO) und Martin Skopek (früher im Management von Komareks KKCG und Ex-First-Group-Manager) gibt es dem Bericht zufolge keine Diskussionen.

Als Nachfolger von Aufsichtsratspräsident Walter Rothensteiner habe die ÖBAG den langjährigen Erste-Boss Andreas Treichl ins Spiel gebracht, dieser habe müsse "nur noch Ja sagen".

Die Sazka-Gruppe hält derzeit mehr als 38 Prozent an den Casinos Austria und will auch den 17-prozentigen Anteil, den Novomatic wegen der Casinos-Affäre loswerden will, kaufen. Da alle Casinos-Aktionäre ein anteiliges Vorkaufsrecht haben, zieht sich die Transaktion über Monate. Vergangene Woche hat Novomatic die Mitaktionäre formell über die Verkaufsabsicht informiert, Preis und Konditionen werden schriftlich mitgeteilt.

Dass die Staatsholding aufstockt, gilt als ebenso unwahrscheinlich wie ein immer wieder in der Rede gestandener Börsengang der Casinos Austria. Für einen IPO, der zwei bis drei Jahre dauern würde, wäre jetzt kein optimaler Zeitpunkt, da 2027 die wichtige Lottolizenz ausläuft und bald auch die Spielbankkonzessionen im Inland (2027 bzw. 2030), wie es zur APA hieß.

Komarek und seine Ehefrau Stepanka besuchen heuer übrigens erstmals den Opernball.

„Kurier“, 17.02.2020

Der Milliardär hat den Joker

Casinos. Sazka Group von Karel Komárek verhandelt mit Republik intensiv über einen Syndikatsvertrag mit Standort- und Job-Garantien. Banker Andreas Treichl neuer Chef des Aufsichtsrates?



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

Die Casinos Austria werden am Donnerstag zwei ganz besondere Gäste in ihrer Loge begrüßen. Der tschechische Milliardär Karel Komárek und seine Ehefrau Stepanka besuchen erstmals den Opernball. Dabei geht es um mehr als belanglosen Smalltalk und fröhliches Gewalze. Der Auftritt darf durchaus als Signal gesehen werden.

Komárek ist in Österreich am Ziel. Er ist der neue Herrscher über den heimischen Glücksspielkonzern, an dem die Staatsholding ein Drittel hält. Die Sazka Group, die zu Komárks Mischkonzern KKCG gehört, hat den langen, erbitterten Kampf um die Casinos gewonnen. Weil Novomatic-Gründer Johann F. Graf genervt von der Casinos-Affäre aussteigt und seine 17 Prozent verkauft.

Die Staatsholding ÖBAG könnte gegenüber Novomatic ihr anteiliges Vorkaufsrecht auf knapp sechs Prozent der Casinos-Aktien ausüben. Das würde aber nur den Preis hinauftreiben, Sazka verärgern und nichts bringen. Eine Mehrheit schafft die Republik ohnehin nicht. Die gewieften Tschechen (derzeit 38 Prozent) haben längst mit einem weiteren Aktionär, dem Bankhaus Schelhammer & Schattera, einen Vertrag über gemeinsames Abstimmungsverhalten. Komárek muss sich jetzt nur noch einige Monate gedulden, bis er seinen Deal formal close kann.



Kommen erstmals zum Opernball: Sazka-Eigentümer Karel Komárek und Ehefrau Stepanka

Wie die Karten stehen, wird die Staatsholding ihren Anteil nicht aufstocken. Stattdessen wird derzeit intensiv mit Sazka über einen Syndikatsvertrag verhandelt. Solche Abkommen hat der Staat bereits mit den ausländischen Großaktionären von Telekom Austria und OMV.

Der Vertrag für die Casinos soll allerdings mehr Substanz haben als jener für die Telekom. Dabei hatte die Staatsholding nicht gerade glücklich agiert. Mit dem Mehrheitsaktionär, dem America-Movil-Konzern des Milliardärs Carlos Slim, gibt es seit Beginn an Zores.

In Sachen Casinos sind beide Seiten guten Willens. Wie man hört, verlaufen die Gespräche positiv. Sazka drängt auf einen baldigen Abschluss, zeigt sich kompromissbereiter als die Mexikaner und ist offenbar zu weitreichenden Zugeständnissen bereit. Der Deal könnte in wenigen Wochen stehen.

Vetorechte

Unter den 3.400 Mitarbeitern, darunter 2.500 in Österreich, geht die Angst um, Sazka sei nur an der Cash-Cow Lotto interessiert, nicht aber an den zwölf Inlands-Casinos. Sind die Tschechen doch international primär im ertragreicheren Lotterien-Geschäft engagiert. Sazka ist jedoch angeblich bereit, eine Standortgarantie nicht nur für das Headquarter der Casinos-Gruppe in Wien abzugeben, sondern für alle Betriebe. Ebenso verspricht man, Bereiche nicht ins Ausland auszulagern.

Auch zu einer Job-Garantie soll sich Sazka verpflichten. Vermutlich werden kleinere Restrukturierungen notwendig sein, doch ein größerer Abbau von Arbeitsplätzen soll vertraglich blockiert werden.

Der Staatsholding sollen



Andreas Treichl mit Ehefrau Desirée, Ex-Opernball-Chefin

zudem wesentlich umfangreichere Veto-Rechte zugestanden werden, als im Aktiengesetz für eine Sperrminorität vorgesehen sind. Diese Vetorechte sollen nämlich auch für alle operativen Entscheidungen gelten, sofern diese von größerer Relevanz für das Unternehmen sind.

Die Syndikatsvereinbarung soll auf 15 Jahre befristet werden. Komárek kann allerdings in bestimmten Fällen vorzeitig kündigen. Beispielsweise, wenn die Politik die Steuern erhöht oder falls die Lotterien-Konzession, die 2027 abläuft, nicht verlängert werden sollte.

Aufsichtsrat, Vorstand

Die Staatsholding würde auch das Nominierungsrecht für den Präsidenten des Casinos-Aufsichtsrates und den Vorstandsvorsitz erhalten. Zum Vorstandsduo, Bettina Glatz-Kremsner (CEO) und Martin Skopek, zuvor im Management von Komárks KKCG, gibt es keine Diskussionen. Glatz-Kremsner gilt als Garantin dafür, dass endlich Ruhe ins Unternehmen einkehrt.

Der Nachfolger von Aufsichtsratspräsident Walter Rothensteiner wäre auch schon gefunden. Die ÖBAG hat den Banker Andreas Treichl in Spiel gebracht. Sollte das Shareholder-Agreement zustande kommen, werde Sazka zustimmen, hört man. Treichl war lange Chef der Erste Group, er steht an der Spitze des Aufsichtsrates der Spar-Casse Privatstiftung, einer maßgeblichen Aktionärin der Erste Group.

Der Spitzenmanager versteht es, sich durchzusetzen. Er kennt natürlich Kurz, hat aber eine gesunde Distanz zur Politik. Treichl ist mit Komárek gut und machte ihm für den Einstieg in Österreich die Mauer. Casinos-Vorstand Skopek war Treichls Kollege in der Ersten, die Bankengruppe ist einer der Finanzierer von Sazka und fährt in Tschechien als Marktführer fast doppelt so viel Gewinn ein wie in Österreich. Jetzt muss Treichl nur noch Ja sagen.

andrea.hodoschek@kurier.at

„APA“, 16.02.2020

Zweite Wiener IT Enterprise Architecture Management Konferenz

**Fachkonferenz „IT Enterprise Architecture
Management“ (EAM) am 27.2.2020 am Erste
Campus in Wien - Top Speaker von Erste Bank
Group AG, Salzburg AG, ÖBB bis zum BRZ**

(Wien/OTS) - Zentrale
Herausforderung in Zeiten von
Cloud, IoT, Big Data und einer
Vielzahl von Applikationen ist eine
strategische Planung der IT-
Unternehmensarchitektur. Genau

hier setzt die Fachkonferenz „IT Enterprise Architecture Management“
(EAM) an, die am 27.2.2020 am Erste Campus in Wien stattfindet und
von [CON.ECT Eventmanagement](#) mit Unterstützung des [VÖSI\(Verband
Österreichischer Software Industrie\)](#) veranstaltet wird.

Primäres Ziel der EAM Fachkonferenz, die im Zuge der CON.ECT
Informunity Reihe stattfindet, ist es, ausgehend von aktuellen
Herausforderungen aus der Unternehmenspraxis kompaktes
anwenderorientiertes Wissen zu EAM und den damit verbundenen
Instrumenten zu vermitteln. Dazu wurden zahlreiche Top-Speaker von
Salzburg AG, Erste Group Bank AG, ÖBB Infrastruktur, Concordia
Versicherung, Raiffeisen Bank International sowie vom
Bundesrechenzentrum verpflichtet. Als Keynote-Speaker wird Matthias
Strolz visionäre Gedanken zur Organisations-Entwicklung einbringen. Im
Mittelpunkt der Konferenz stehen drei große Schwerpunkte: die Business
Architektur als Schlüssel zur digitalen Transformation, das Spannungsfeld
zwischen Architektur Governance und agilen Teams sowie alle
Herausforderungen rund um Cloud Architektur und Cloud-Orchestrierung.

"Enterprise Architektur Management (EAM) gewinnt eine immer höhere Bedeutung für den Unternehmenserfolg, denn die Qualität der Architektur stellt eine wesentliche Basis für den Erfolg digitaler Transformationsprozesse und Projekte dar", stellt Peter Lieber, Präsident des VÖSI (Verband Österreichischer Software Industrie) und Eigentümer des auf EAM spezialisierten IT-Unternehmens SparxSystems CE, fest. Beim VÖSI wurde übrigens eine eigene [Special Interest Group EAM](#) eingerichtet. Gegründet wurde diese Initiative von SparxSystems CE (Anbieter Modellierungswerkzeug), FireStart (Anbieter BPM Plattform), und CON.ECT Business Academy (Veranstaltungen und Seminare), die Mitwirkung steht allen Interessierten offen. Gemeinsam sollen die Potenziale von EAM im Hinblick auf einen unternehmerischen Wertebeitrag ausgelotet werden.

Für die Qualität der inhaltlichen Gestaltung und Ausrichtung der EAM-Fachkonferenz sorgt ein Programmkomitee bestehend aus Vertretern von Unternehmen wie der sIT Solution, Novomatic, Erste Asset Management, Erste Group Bank und EVN unter der Leitung von Andreas Pirkner und [CON.ECT](#) Eventmanagement in Kooperation mit dem [VÖSI \(Verband Österreichischer Software Industrie\)](#) und dem [Future Network](#). Die EAM-Konferenz, die heuer zum zweiten Mal über die Bühne geht, richtet sich an alle CIOs, CDOs, Enterprise IT Architekten, Solution und System-Architekten – kurz alle Führungskräfte, die im IT Management Planungs- und Steuerungsaufgaben haben.

„www.isa.guide.de“, 15.02.2020

Online-Gaming war das große Thema auf der ICE 2020

Wie jedes Jahr war die ICE ein Who-is-Who der Global Player im Glücksspielmarkt und der ISA-GUIDE wieder, mit einem eigenen Stand, mittendrin. Neben den bekannten Gesichtern gab es aber auch viele neue, kleine Firmen, die auf der ICE 2020 (z.B. im Pitch ICE) Ihren ersten großen Auftritt hatten. Der weiterhin deutlichen Zunahme im Bereich Spielentwicklung und Online-Gaming, trägt Clarion mit einer eigenen E-Sports Arena Rechnung. Unverändert groß war auch der Andrang beim klassischen Automaten Spiel und den Casinolösungen. Mit der Gauselmann AG, psmttec und Bally Wulff war hier auch wieder reichlich Know-How aus Deutschland zugegen.



Der Messestand der psmttec GmbH inkl., gut besuchtem, bayerischen Biergarten.

Regulierung des Online-Glücksspielmarktes in Deutschland

Nachdem sich der Gesetzgeber nach Jahrzehnten der Stagnation zu einer Liberalisierung des Marktes durchringen konnte, würde man eigentlich mit einer Art Aufbruchsstimmung rechnen. In der Realität ist die Reaktion jedoch etwas verhaltener. Auch wenn sich viele auf eine Lizenz bewerben wollen, ist die Sorge vor einer Überregulierung des Marktes und zu großen Werbeeinschränkungen doch spürbar.

40 Jahre Novomatic



Die Novomatic AG war auch dieses Jahr mit einem beeindruckenden Messestand vertreten.

Auch Europas Marktführer Novomatic war, in seinem Jubiläumsjahr, wieder mit einem beeindruckenden Messestand auf der ICE vertreten und kein geringerer als David Hasselhoff persönlich schnitt, mit den Novomatic-Vorständen Harald Neumann und Ryszard Presch, die Jubiläumstorte an. Aber es gab noch mehr zu feiern als das 40-jährige Bestehen, so wurde die Novomatic AG, bei den International Gaming Awards,

zum dritten mal in Folge „Casino Supplier of the Year“.

Coronavirus-Epidemie

Während in China eine Großveranstaltung nach der anderen verschoben oder abgesagt wird, zeigte man sich in London überwiegend unbeeindruckt von jeder Hysterie. Auch wenn der ein oder andere Aussteller seinen Messeauftritt tatsächlich kurzfristig abgesagt hat, war die Stimmung insgesamt doch sehr entspannt. Dies konnten wir auch bei vielen Gesprächen an unserem Stand so heraushören, wirklich Sorgen wegen des Coronavirus machte man sich hier nicht.

Brexit

Nachdem Clarion bereits letztes Jahr bekräftigte, das man, auch nach einem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, weiterhin auf das Excel London setzen wird, erübrigten sich Diskussionen diesbezüglich. Auch wenn sich viele Aussteller für die Zukunft sicher einen, aus europäischer Sicht, zentraleren Messestandort gewünscht hätten.

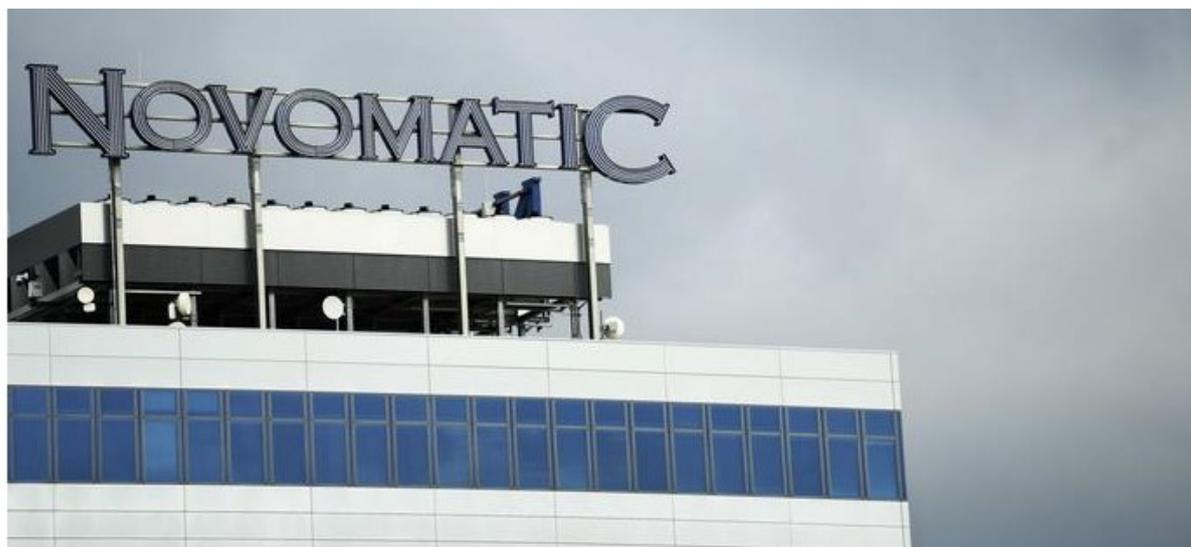


Die lachende Merkur Sonne der Gauselmann Gruppe war weithin sichtbar.

Nach drei intensiven Messetagen haben wir, mit vielen neuen Eindrücken und interessanten Gesprächen im Gepäck, unsere Heimreise angetreten und eines wissen wir sicher: 2020 wird ein sehr spannendes Jahr für den deutschen Glücksspielmarkt.

„www.diepresse.com“, 11.02.2020

Casinos: Gespräche über Novomatic-Ausstieg



Die Novomatic will ihren Anteil an den Casinos Austria an die tschechische Sazka-Gruppe verkaufen. APA/ROBERT JAEGER

Die Novomatic will bekanntlich ihren 17-Prozent-Anteil an den Casinos Austria an die tschechische Sazka-Gruppe verkaufen. Doch die anderen Aktionäre, auch der Staat, haben ein Vorkaufsrecht. Nun finden Gespräche statt.

Wien. Am Mittwoch treffen sich die Aktionäre der teilstaatlichen Casinos Austria AG, um über den Ausstieg des Eigentümers Novomatic zu sprechen. Der niederösterreichische Glücksspielkonzern will seine 17,2 Prozent an die tschechische Sazka-Gruppe verkaufen, die bereits jetzt 38 Prozent an den Casinos hält. Spannend ist die Sitzung deswegen, weil alle Aktionäre - auch der Staat - Aufgriffsrechte haben.

Zu der Aktionärsversammlung hat die Novomatic AG geladen, sie findet ab zehn Uhr im Novomatic-Forum in Wien statt. Die weiteren Miteigentümer neben Sazka und Novomatic sind die staatliche Beteiligungsholding Öbag (33,24 Prozent), das früher zur Kirche und nunmehr zur Grawe-Gruppe gehörende Bankhaus Schelhammer & Schattera (5,31 Prozent), die Privatstiftung Dipl.-Ing. Melchart (4,9 Prozent), die Hotel Sacher, Eduard Sacher GmbH (0,98 Prozent) sowie vier Mini-Privataktionäre (je 0,02 Prozent; Brigitte und Ingrid Melchart, Verena und Thomas Polzer).

Monika Racek,
Vorstandsvorsitzende
ADMIRAL Casinos &
Entertainment AG.

Foto: ADMIRAL



ADMIRAL für Spielerschutz ausgezeichnet

Für den österreichischen Glücksspiel- und Sportwettanbieter ADMIRAL haben Spielerschutz und Suchtprävention oberste Priorität. Die jüngste Zertifizierung durch die Global Gambling Guidance Group („G4“) bestätigt den verantwortungsvollen Spieler- und Jugendschutz bei ADMIRAL.

ADMIRAL Österreich setzt auf nachhaltigen und umfassenden Spielerschutz. Die Kombination aus technisch unterstützten Screening-Prozessen und dem persönlichen Kontakt der ADMIRAL-Mitarbeiter mit den Kunden bildet die Basis des ADMIRAL-Präventionsprogrammes. Dieses wurde mit der Unterstützung namhafter Suchtexperten konzipiert und unterliegt einem stetigen Anpassungs- und Verbesserungsprozess.

Um die Präventionsmaßnahmen und deren Wirksamkeit zu überprüfen, unterzog sich ADMIRAL Österreich in der ersten Hälfte des Jahres 2019 erfolgreich dem internationalen Zertifizierungsprozess der G4 und erhielt sowohl im Glücksspiel-, als auch im Sportwettbereich das renommierte G4-Zertifikat.

„Wir freuen uns sehr, dass ADMIRAL ausgezeichnet wurde. Unsere stetigen Anstrengungen, unseren Kunden Wetten und Glücksspiel in einem sicheren und regulierten Umfeld zu ermögli-

chen, wurden jetzt auch von internationaler Seite anerkannt“, erklärt Paul Kozelsky, Geschäftsführer ADMIRAL Sportwetten GmbH.

Diese internationale Zertifizierung für verantwortungsvolles Spielen geht weit über die gesetzlichen Anforderungen hinaus und gilt unter Experten als der weltweit anerkannteste Standard, der alle Geschäftsbereiche eines Glücksspielunternehmens umfasst. Für eine erfolgreiche Zertifizierung werden rund 100 Kriterien durch unabhängige Auditoren geprüft.

„Die Auszeichnung mit dem G4-Zertifikat zeigt deutlich, dass wir mit unseren Bemühungen rund um Spielerschutz im Sportwett- und Glücksspielbereich nicht nur auf einem sehr guten Weg sind, sondern dass wir in Sachen Responsible Entertainment eine Vorreiterrolle in Österreich einnehmen“, freut sich Monika Racek, Vorstandsvorsitzende ADMIRAL Casinos & Entertainment AG.

„www.diepresse.com“, 12.02.2020

Novomatic lässt Aktionäre warten

Am Mittwoch gab Novomatic bekannt, seine Anteile von 17,2 Prozent an die tschechische Sazka-Gruppe verkaufen zu wollen – aber nicht, zu welchem Preis.

Wien/Gumpoldskirchen. Der Novomatic-Konzern behält noch für sich, wie viel sein 17,2-prozentiger Aktienanteil an den Casinos Austria kosten wird: Man wolle die Konditionen in den nächsten Wochen ausschicken. Novomatic lud am Mittwoch zur Eigentümersitzung, um formell mitzuteilen: Die Anteile sollen an die tschechische Sazka-Gruppe gehen.

Sazka hält bereits 38 Prozent der Casinos Austria und strebt die alleinige Kontrolle seit Jahren an. Bis Mitte April müssen die Papiere bei den Eigentümern sein. Der Deal ist aber nicht einfach abzuschließen: Alle Aktionäre, inklusive des österreichischen Staats (Öbag) mit einem Anteil von 33 Prozent, haben ein anteiliges Aufgriffsrecht. Ob sie davon Gebrauch machen wollen, wurde am Mittwoch nicht gesagt. Auch ein etwaiger Börsengang der Casinos, den die ÖVP teils befürwortete, war kein Gesprächsthema in der halbstündigen Sitzung. Die Aktionäre hielten sich nach der Sitzung bedeckt.

Nach Ansicht von Wilhelm Rasinger, Präsident des Interessenverbands für Anleger (IVA), sollte der Staat nicht aufstocken, sondern die Casinos an die Börse bringen. Wünschenswert wäre ihm zufolge ein starker Kernaktionär mit einem Anteil von 25 Prozent. Das müsse zwar nicht unbedingt die Öbag sein, außer ihr könne er sich aber niemanden vorstellen, der „kurzfristig so viel Geld für diese Branche zur Verfügung stellt“. Übrigens: Laut dem türkis-grünen Regierungsprogramm darf der Rechnungshof zukünftig Unternehmen schon ab 25 Prozent Staatsanteil prüfen, börsennotierte Staatsunternehmen sind von der Regelung aber ausgenommen.

Sazka und Öbag verhandeln

Insidern zufolge verhandelt die tschechische Sazka schon lang mit der Öbag. Mit dem Bankhaus Schelhammer & Schattera, das knapp fünf Prozent hält, hat die Sazka eine Vereinbarung: So bliebe den Tschechen selbst im Falle einer Aufstockung durch die Öbag die Stimmrechtsmehrheit bei den Casinos Austria sicher.

Es sei wichtig, „dass der Staat bei den Casinos das Sagen hat“, heißt es seitens der SPÖ. Es gehe auch darum, die mehrheitliche Kontrolle durch die tschechische Sazka-Gruppe zu verhindern - die Öbag müsse ihr Aufgriffsrecht nutzen. Den Entschließungsantrag dazu hatten ÖVP, Grüne und Neos im Dezember abgelehnt.

Neos fordern währenddessen einen neuen Öbag-Vorstand, weil der Alleinvorstand Thomas Schmid - ehemaliger ÖVP-Funktionär und angeblich ein Vertrauter von Kanzler Kurz - in der Casinos-Affäre beschuldigt wird.

Eine konstruktive Aktionärsvereinbarung zwischen Öbag und Sazka wäre laut Anlegerschützer Rasinger die beste Lösung. Aufsichtsrat und CEO sollte der Staat aber nicht bestimmen dürfen: „Bei den Casinos haben wir leidvolle Erfahrungen machen müssen, was da alles möglich ist.“ (red.)

„NÖN“, 12.02.2020



In sicheren Händen. Die als Novomatic-Hostessen eingesetzten Models nehmen für das Gruppenfoto mit David Hasselhoff, dem legendären „Michael Knight“ und Baywatch-Rettungsschwimmer „Mitch Buchanan“, Aufstellung. *Fotos: Dworak (3)*



Admiral-Geschäftsführer Paul Kozelsky mit Hayley Roberts.



Schnitten die 40-Jahre-Novomatic-Jubiläumstorte an. Vorstandsvorsitzender Harald Neumann, David Hasselhoff und Operations-Vorstand Ryszard Presch.

Superstar kam ohne Badehose

1 Ausnahmezustand im Novomatic-Bereich der „ICE“ – der weltweit größten Gaming-Messe – in London. „Michael Knight“, Baywatch-Rettungsschwimmer „Mitch Buchannon“ und „Admiral-Testimonial David Hasselhoff, aktuell im Londoner „West End“ im Musical „9 to 5“ engagiert, schrieb Autogramme, stand für Selfies parat und schnitt mit den Novomatic-Vorständen Harald Neumann und Ryszard Presch die Jubiläumstorte an. Der von Professor Johann Graf gegründete weltweit tätige Glücksspielkonzern mit Sitz in Gumpoldskirchen wird heuer 40. Unter anderem strahlten auch Novomatic-Generalsekretär Stefan Krenn, Admiral-Geschäftsführer Paul Kozelsky und Hasselhoff-Gattin Hayley Roberts. Bei Letztgenannter kein Wunder. Der Wunsch des Ex-Models nach einem Dirndl, wie es die Novomatic-Hostessen trugen, wurde prompt auf die To-do-Liste gesetzt.

„NÖN“, 12.02.2020

Umbruch

Novomatic-Zukunft | Der weltweit tätige

in Österreich folgt

Glücksspielkonzern setzt aufs Ausland. Zentrale bleibt in Gumpoldskirchen.



„Einen besseren Start in unser 40. Jubiläumjahr hätten wir uns nicht wünschen können“, freut sich Novomatic-Vorstandsvorsitzender Harald Neumann über den neuerlichen Erfolg.

Foto: Thomas Meyer

Hattrick ist geschafft

Bei der Vergabe des „Global Gaming Award“ am Rande der weltgrößten Glücksspielmesse ICE Totally Gaming in London gelang Novomatic der Hattrick. Das weltweit tätige Glücksspielunternehmen mit Sitz in Gumpoldskirchen setzte sich gegen neun hochkarätige internationale Mitbewerber durch.

„Eine besondere Bestätigung unserer Leistungen als international verlässlicher und innovativer Technologielieferant“, freute sich Vorstandsvorsitzender Harald Neumann.

Der Global Gaming Award

zählt zu den fairsten und seriösesten Auszeichnungen der gesamten Gaming-Branche, denn jede Stimme wird vom weltweit größten Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen KPMG geprüft und unabhängig vergeben. „Der Global Gaming Award ist ein klarer Indikator für den Erfolg und die Glaubwürdigkeit eines jeden Unternehmens, da er das Unternehmen als Marktführer anerkennt und die in den letzten zwölf Monaten geleistete Arbeit belohnt“, ließ Neumann nicht unerwähnt.

„NÖN“, 12.02.2020

Umbruch in Österreich folgt

Novomatic-Zukunft | Der weltweit tätige

Glücksspielkonzern setzt aufs Ausland. Zentrale bleibt in Gumpoldskirchen.

Von Christoph Dworak

GUMPOLDSKIRCHEN | Keine „ICE Totally Gaming“ (weltweit größte Glücksspielmesse) in London ohne dem obligaten Mega-Stand von Novomatic: 5.000 m² Fläche (für Vertreter von gleich 23 Konzerntöchtern), 160 m² LED-Panels, 380 Geräte, 6 Kilometer Kupfer-, 2 Kilometer Glasfaserkabel: „Die ICE ist für uns heuer eine ganz besondere Messe“, verriet Vorstandsvorsitzender Harald Neumann angesichts des 40-jährigen Jubiläums des Unternehmens.

Und Neumann gab eine erste Einschätzung über das Geschäftsjahr 2019. Erwartet werde ein addierter Umsatz der Novomatic Gruppe (Novo Invest GmbH und Novo Swiss AG) in der Höhe von 5,1 Milliarden Euro – alles in allem etwa gleich hoch wie 2018. Im ersten Halbjahr habe man „die Umstellungen in Deutschland sehr gespürt“, da musste man etwa 100.000 Geräte im Hinblick auf verstärkten Spielerschutz adaptieren. „Dafür haben wir sehr viel gelernt und sind den Mitbe-



werbern weit voraus.“ Das zweite Halbjahr habe „unfassbar gute Zahlen“ beschert, heuer rechnet Neumann mit einem Plus in der Höhe von bis zu 15 Prozent.

Dennoch ist nicht alles eitel Wonne. Vor allem nicht in Österreich, obwohl es im Vorjahr gelungen war, erstmals die Verluste seit dem Aus für das „Kleine Glücksspiel“ in Wien auszugleichen. Auch wenn es offiziell nicht ausgesprochen wurde, dürften die Stacheln sehr tief sitzen, die die Hausdurchsuchungen bei Novomatic im Zuge der „Sidlo-Affäre“ verursacht haben.

Man wolle sich „nicht wieder vorwerfen lassen, in Österreich irgendwelche Interessen zu verfolgen“, sagte Neumann und wies erneut alle Anschuldigungen zurück. Der heimische Markt interessiere Novomatic schlicht und ergreifend aufgrund der Dimensionen nicht mehr, weshalb man auch nicht

Zum Thema

- Weltweit beschäftigt die Novomatic Gruppe 30.000 Mitarbeiter. In Österreich sind 3.100 Mitarbeiter tätig, 1.000 davon bei Admiral (ACE) und 1.300 am Standort Gumpoldskirchen.
- Die Export-Rate beträgt 97 Prozent, weltweit sind 255.000 „Novomatic“-Terminals in Betrieb.



mehr an Lizenzen interessiert sei, ließ Neumann wissen: „In Österreich stehen insgesamt 6.000 legale Automaten“, alleine in Oklahoma – einem der Novomatic-Hoffnungsmärkte – 10.000, 1,3 Millionen in der EU, 1 Million in Amerika, ergänzte Thomas Graf, langjähriger Novomatic-Technologievorstand und nunmehr Vorstandsvorsitzender des Online- und Mobile-App-Anbieter „Greentube“, seit 2010 Bestandteil der Novomatic-Familie.

Fix in Österreich bleiben das Headquarter in Gumpoldskirchen mit all den Produktionsstätten und der Umstand, dass „wir weiterhin in Österreich versteuern werden“, betonte Neumann. Zur Verdeutlichung: 2017 haben die Aktivitäten der Unternehmensgruppe nicht we-

niger als 440 Millionen Euro zum Steuer- und Abgabenaufkommen in Österreich beigetragen.

Schuldenabbau wird vorangetrieben

Einen Börsegang schloss Neumann erneut aus, vielmehr wolle man etwa 1 Milliarde Euro an Schulden abbauen. Und das bereits innerhalb der nächsten beiden Jahre. Unter anderem soll dafür jenes Geld verwendet werden, das durch den Verkauf der „Casinos-Austria“-Anteile in die Novomatic-Kassa gespült werden wird.

Was die Zukunft von ACE (Admiral Casinos & Entertainment) betrifft, soll diese „selbstverständlich weiterhin in Österreich der Betriebspflicht im Rahmen der Landesauspielungen ordnungsgemäß nachkommen und auch künftig ihr großes Know-how für ein verantwortungsvolles und nachhaltiges Glücksspielangebot am österreichischen Markt einbringen“.

Alles in allem setzt die Novomatic-Gruppe nach den unzähligen strategischen Akquisitionen – mittlerweile zählt das Unternehmen knapp 350 Beteiligungen – „auf die Sicherung und den Ausbau der Marktposition in unseren Kernmärkten“, erklärte Neumann.

„kaernten.ORF.at“, 12.02.2020

Team Kärnten will Aus für Kleines Glücksspiel

Das Team Kärnten tritt für die Abschaffung des kleinen Glücksspiels in Kärnten ein. Das hat die Partei nach ihrer Vorstandssitzung am Mittwoch bekräftigt. Die SPÖ ist auch für die Abschaffung, aber mit dem eigenen Koalitionspartner uneins - die ÖVP ist dagegen.

In Kärnten stehen 463 Spielautomaten, 280 davon betreibt der Glücksspielkonzern Novomatic, der ja nach der Casino-Affäre den Ausstieg aus dem kleinen Glücksspiel in Österreich erklärt hat. 3.000 Kärntner sind laut Angaben der Diakonie de la Tour Menschen spielsüchtig, 15.000 gefährdet. Die Dunkelziffer ist laut Experten noch höher. Das Team Kärnten macht dafür auch das kleine Glücksspiel verantwortlich, das in Kärnten noch erlaubt ist.

Landtags-Antrag für Verbot im März

In vier anderen Bundesländern ist es bereits verboten. Ein solches Verbot fordert nun auch Team Kärnten Parteichef Gerhard Köfer nach der Vorstandssitzung. Ein Antrag im Landtag werde noch im März eingebracht. Er nimmt die SPÖ in die Verantwortung, die ja auch immer wieder ein Verbot fordert. „Ich gehe davon aus, dass wenn man etwas will und die notwendige Mehrheit hat, auch dementsprechend schnell und rasch handeln kann.“

SPÖ müsste gegen Koalitionspartner stimmen

Die SPÖ müsste allerdings gegen ihren Koalitionspartner ÖVP stimmen, was unwahrscheinlich ist. Der zuständige Landesrat Sebastian Schuschnig hat gegenüber dem ORF bereits bekräftigt, das kleine Glücksspiel nicht verbieten zu wollen. Damit würde nur das illegale Automatengeschäft in diversen Kellern gefördert, Kontrollen würden noch schwieriger, so das Argument, das Köfer nicht gelten lässt.

Köfer: Menschen wichtiger als Steuereinnahmen

Auch acht Millionen Euro an jährlichen Einnahmen für das Land aus den 463 Spielautomaten könnten nicht wichtiger sein als persönliche Schicksale. Köfer: „Man muss Taten setzen und das wäre eine echte Tat, das abzuschaffen. Das illegale im Keller gehört natürlich noch verstärkt kontrolliert und viel härter durchgegriffen.“

Bis 2025 laufen die Lizenzen für das kleine Glücksspiel in Kärnten noch. Spätestens bis dahin müsste die Politik ein Verbot beschließen, ansonsten werden die Lizenzen für die Automaten neu ausgeschrieben werden.

SPÖ für Aus aber „verantwortungsbewusster Partner“ fehlt

Die Lizenzen, die von den Freiheitlichen vor dem Verlust ihrer Dominanz in der Landesregierung im Jahr 2013 vergeben wurden, gingen unter anderem an Novomatic. Der Glücksspielriese hatte vor einer Woche angekündigt, sich nicht mehr um Lizenzen in den Ländern zu bewerben, wenn diese auslaufen. Ein Sprecher von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) meinte, die SPÖ trete weiter für ein Verbot des Kleinen Glücksspiels ein, allerdings fehle es dafür aktuell an einem „verantwortungsbewussten Partner“.

ÖVP: „Nicht ganz glückliche Wortwahl“

Eine „nicht ganz glückliche Wortwahl“, findet ÖVP-Klubchef Markus Malle gegenüber der APA. Dennoch halten beide Koalitionspartner das Kleine Glücksspiel aktuell für „kein Thema“. SPÖ-Klubobmann Herwig Seiser: „Wir sind für die Abschaffung des Kleinen Glücksspiels, aber das ist ein durchsichtiges, politisches Manöver, das Herr Köfer da spielt.“ 2023 werde ein neuer Landtag gewählt, da könne man nicht vorgehen. Das Thema dürfe im Landtag also nicht zu einem Beschluss führen und erst in den Koalitionsverhandlungen für die nächste Landesregierung eine Rolle spielen.

„news.ORF.at“, 12.02.2020

Casinos: Novomatic teilt Preis schriftlich mit

Der Novomatic-Konzern hat den Mitaktionären der Casinos Austria bei der heutigen Eigentümersitzung nicht gesagt, wie viel Geld er für seinen 17-prozentigen Aktienanteil an den Casinos will. Die diesbezüglichen Unterlagen mit Informationen zu Preis und sonstigen Konditionen werden in den nächsten Wochen versandt, hieß es heute von Beteiligten. Bis Mitte April müssen die Papiere bei den Eigentümern sein. „Da werden die Fakten drin stehen.“

Die Aktionärssitzung im Wiener Novomatic-Forum hat dem Vernehmen nach nicht einmal eine halbe Stunde gedauert. Die Novomatic-Gruppe von Milliardär Johann Graf hatte zu dem Treffen geladen, um die Miteigentümer formell darüber in Kenntnis zu setzen, dass sie ihren Casinos-Anteil an die tschechische Sazka-Gruppe weitergeben möchte. Schon jetzt ist die Gruppe um Milliardär Karel Komarek mit 38 Prozent die größte Casinos-Aktionärin.

Keinerlei Entscheidung gefallen

Da die Casinos-Eigentümer über komplizierte Verträge miteinander verflochten sind, geht der Deal nicht so einfach über die Bühne. Alle Aktionäre, auch der Staat, haben ein anteiliges Aufgriffsrecht. Ob sie von diesem Gebrauch machen, war nicht zu erfahren. Auch ein etwaiger Börsengang der Casinos, den Teile der ÖVP für gut hielten, war kein Thema, wie Involvierte auf Nachfrage sagten.

Die Aktionäre hielten sich nach der Sitzung eher bedeckt, auch die staatliche Beteiligungsholding ÖBAG, der ein Drittel der Casinos gehören. Bei dem heutigen Treffen habe Novomatic über die Veräußerungsabsichten informiert. „Damit ist ein komplexer, in den Syndikatsvereinbarungen genau festgelegter Verkaufsprozess gestartet, der von jetzt an mehrere Monate in Anspruch nehmen kann“, teilte die ÖBAG in einer Aussendung mit.

ÖBAG will Rechtssicherheit

Entscheidungen seien keine gefallen. Die ÖBAG wolle nun alle Optionen abwägen, man suche eine Lösung mit der höchsten Wertschöpfung für den Standort und die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie den bestmöglichen Schutz österreichischer Arbeitsplätze, hieß es. Ob diese Lösung wie kolportiert ein Syndikatsvertrag mit der Sazka-Gruppe sein könnte, sagte die ÖBAG nicht. Auch zu einer in der Rede stehenden Absenkung der Beteiligung auf 25 Prozent plus eine Aktie äußerte sich die Holding nicht.

Den beteiligten Parteien sei wichtig, dass beim Verkauf der Novomatic-Anteile juristisch ja alles korrekt laufe, hieß es weiter. Die 17,2 Prozent sind dem Vernehmen nach etwas mehr als 100 Mio. Euro wert. Neben Sazka, der ÖBAG und Novomatic halten noch folgende Aktionäre Anteile an den Casinos Austria: das früher zur Kirche und nunmehr zur GRAWE-Gruppe gehörende Bankhaus Schelhammer & Schattera (5,31 Prozent), die Privatstiftung Dipl. Ing. Melchart (4,9 Prozent), die Hotel Sacher, Eduard Sacher GmbH (0,98 Prozent) sowie vier Miniprivataktionäre (je 0,02 Prozent; Brigitte und Ingrid Melchart, Verena und Thomas Polzer).

Mit dem Bankhaus Schelhammer & Schattera hat die Sazka-Gruppe eine Stimmrechtsvereinbarung, was den Tschechen selbst im Falle einer Aufstockung durch die ÖBAG die Stimmrechtsmehrheit bei den Casinos Austria sichern würde.

„Falter“, 12.02.2020

Warum der Kanzler die Justiz attackiert

Sebastian Kurz wirft der WKStA vor, sie sei von Genossen unterwandert und spiele Akten raus. In Wahrheit geht es ihm um etwas anderes

Der Kanzler wollte es diskret anlegen, in einem Hintergrundgespräch mit Medienleuten im Alois-Mock-Saal der ÖVP-Akademie, am 20. Jänner dieses Jahres. Am Ende des Abends feuerte er aus dem Hinterhalt. Warum er denn Hartwig Löger nicht mehr als Finanzminister nominiert habe, fragte ein Journalist. Da entfuhr dem Kanzler der Furor: Ein Netzwerk roter Verbindungsleute habe die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft unterwandert, klagte der Bundeskanzler vor den rund 40 Journalistinnen und Journalisten. „Ungewöhnlich emotional“ und „ungewöhnlich heftig“ habe der Kanzler auf einmal gewirkt, erzählt einer, der dabei war. Ein anderer berichtet, er habe nur seinen Unmut gezeigt, keine Staatsaffäre sei das gewesen, nur ein Sittenbild.

Aber Kurz sei überzeugt gewesen: Löger sei ein Justiz-Opfer. Die SPÖ habe schon in den 90ern versucht, „Genossen“ in die Justiz zu schleusen, die sich nach dem langen Marsch durch die Institutionen nun an den Schaltstellen der Justiz befänden, um dort vor allem ehemaligen ÖVP-Politikern in überlangen Verfahren das Leben zu erschweren. Die Ermittler würden Akten an die Medien spielen, um Unschuldige, etwa Löger, existenziell zu vernichten.

Der *Falter*, der zum Hintergrundgespräch eingeladen, aber nicht erschienen war, veröffentlichte vergangene Woche diese Worte des Kanzlers. Sie befeuerten eine wichtige Debatte. Die Ständesvertretungen von Richterschaft und Staatsanwaltschaft zeigten sich entsetzt ob der Angriffe. Es werde Druck auf die Justiz in der Causa Casinos ausgeübt, stieß Walter Geyer, ehemaliger Leiter der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, nach. Die sonst oft zerstrittenen Justizfunktionäre im Ministerium und in der Oberstaatsanwaltschaft gaben den rund 40 Korruptionsjägern aus der Dampfschiffgasse Rückendeckung.

Seit einer Woche tobt nun ein Streit um die „Causa WKStA“, wie Sebastian Kurz die Sache gerne nennen möchte. Seine Leute stecken angeblich belastende Papiere, sie werfen mit Nebelgranaten und streuen falsche Fakten. Das Publikum verliert den Überblick. Worum also geht es da eigentlich? Warum tut sich Kurz das an? Wie hat alles begonnen? Fangen wir also ganz am Anfang an. Auf Ibiza.

Schuld am Zoff zwischen Kurz und der Justiz ist Heinz-Christian Strache, ehemaliger Vizekanzler und FPÖ-Chef, der auf Ibiza davon schwadronierte, wie die Glücksspiel-firma Novomatic alle „Parteien zahlt“, und zwar „am Rechnungshof vorbei über parteinahe Vereine“. Und auch ÖVP und SPÖ würden kassieren, sagte Strache. Die Novomatic bestreitet solche Zahlungen. Wo aber ist die Leistung der Politik?

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft untersucht nun genau diese Fragen. Erstens: Hat die Glücksspiellobby die türkis-blaue Regierung bestochen? Wenn ja, was hat sie dafür bekommen? Ein mögliches Gegengeschenk nennt Strache auf Ibiza selbst: Glücksspiel-lizenzen und eine mildere Vollziehung des Glücksspielgesetzes.

Was ist bei den Ermittlungen nun herausgekommen? Am Anfang nicht sehr viel. Die Novomatic hat die Vorwürfe zurückgewiesen. Die Staatsanwaltschaft hat zwar eine Ermittlungsanordnung herausgegeben, wonach alle parteinamen Vereine zu durch-

leuchten seien. Doch die Behörde wusste, dass das ein Schuss in den Ofen ist. Aber er schreckte Auskenner auf. So erreichte eine anonyme Anzeige die WKStA. Darin wird behauptet, dass die FPÖ der Novomatic Glücksspiellizenzen in Aussicht gestellt habe und im Gegenzug die Novomatic der FPÖ zugesichert habe, dass der blaue Wiener Bezirksrat Peter Sidlo in den Vorstand der Casinos gehievt werde. Sidlo, der über keine Kompetenz, aber über ein Parteibuch verfüge.

Die ÖVP, so die Anzeige, habe an mehreren Stellen mitgespielt. Einerseits habe Finanzminister Hartwig Löger den Plan unterstützt, aber auch Thomas Schmid, der lange sein Kabinettschef im Finanzministerium war. Auch die Casinos-Aufsichtsratschefs Walter Rothensteiner und Josef Pröll, der eine mächtiger Raiffeisen-Generalanwalt, der andere ein ehemaliger ÖVP-Chef, hätten beide Augen zugedrückt, Sidlo durchgedrückt und seinen Vorgänger im Vorstand, den roten Dietmar Hoscher, mit einer Millionenzahlung ins Ausgedinge geschickt. Den finanziellen Schaden habe die Casinos Austria AG getragen.

Haltlose Vorwürfe, entgegneten die Beschuldigten. Aber die Anzeige war so detailliert, dass sogar das Oberlandesgericht die Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Handys wegen „dringenden Tatverdachts“ erlaubte. Die WKStA, eine spezialisierte Behörde mit weniger Berichtspflichten und einem Pool an Datenexperten, hat die iPhones auch noch ziemlich schnell intern ausgewertet. Sie machten Abschriften der Chats von Heinz-Christian Strache, der Notizen von Walter Rothensteiner, von Kalendereinträgen und Mails der Novomatic-Bosse. Und vor allem auch mancher SMS von Thomas Schmid. Er ist eine politische Schlüsselfigur, denn er ist heute Alleinvorstand der Österreichischen Beteiligungsagentur, die die staatlichen Anteile an Konzernen verwaltet, etwa an der Casinos Austria AG. Dass er die Agentur alleine führt, das sei das Gegengeschäft zum Novomatic-Deal gewesen, streuen die Blauen.

In den Chats finden sich abenteuerliche Konversationen über Sidlo, der für die Position des Vorstands nicht qualifiziert war. Strache machte aber Druck für ihn, er fragte Sidlo sogar, was er bei einem Hearing für ihn vorbringen solle. „Sag ihnen halt, wie toll ich bin“, smste Sidlo. Löger schickte Strache ein „Thumbs up“-Emoji, als der Deal fertig war.

Zugleich fanden die Ermittler interne Aufzeichnungen des Raiffeisen-Chefs und Casinos-Aufsichtsratschefs Rothensteiner, in denen dieser eingestand, dass Sidlo unfähig sei, aber laut Löger aufgrund eines „Hintergrunddeals mit den Blauen“ den Job bekommen müsse.

Wieso, fragen nun Kurz und sein Team, sickert das aus der WKStA an die Medien? Die Antwort ist leicht: Es steht in den Ermittlungsakten, in die Beschuldigte, aber auch Geschädigte Einsicht nehmen können. Anwälte dürfen im Sinne ihrer Mandanten die Infos weitergeben. Die Pressefreiheit erlaubt es den Medien, darüber zu berichten – auch wenn das Verfahren nicht öffentlich ist.

Im Verfahren werden unter anderem Löger, Schmid, Rothensteiner und Pröll, aber auch Manager der Novomatic als Beschuldigte geführt.

Und was hat all das nun mit dem Hintergrundgespräch von Sebastian Kurz zu tun? Der Bundeskanzler merkt offenbar, dass die WKStA die Ermittlungen nicht

nur zügig durchführt, sondern auch die Obergerichte das Vorgehen billigen. Seine Parteifreunde bei Raiffeisen, aber auch Ex-Finanzminister Hartwig Löger haben berechtigte Sorge, dass es tatsächlich zu einem existenzvernichtenden Verfahren wegen Untreue kommen könnte. Da der mögliche Schaden mehrere Millionen beträgt, steht auch eine Haftstrafe im Raum. Die Beschuldigten intervenieren also an allen Fronten.

Whistleblower im Justizressort etwa machten vergangene Woche öffentlich, dass Rothensteiner und Pröll sogar den obersten Justizsektionschef Christian Pilnacek besucht haben, im Ministerium. Pilnacek ist ein exzellenter Jurist, aber auch machtbesessen und bisweilen ein Grenzgänger. Er scheut sich nicht, Einladungen zum legendären Sauschädelessen im Raiffeisen-Hauptquartier anzunehmen. Und er empfing auch Rothensteiner und Pröll „aus Höflichkeitsgründen“, wie er es nennt, um ihre „Gefühlslage“ zu erspüren. Pilnacek legte einen Aktenvermerk an und legte ihn in den Akt.

Ist ein solches Treffen mit Beschuldigten im laufenden Verfahren verboten? Nein. Aber es erweckt den Anschein, manche Beschuldigte hätten einen privilegierten Zugang zur Macht. Die grüne Justizministerin Alma Zadić hat Pilnacek daher die Weisung erteilt, keine Beschuldigten mehr zu empfangen. Sie ist dem Sektionschef gegenüber weiter loyal. Und er ihr auch. Die beiden verlieren kein schlechtes Wort übereinander. Er machte aber den Kotau und erklärte, dass er einen Fehler begangen habe.

Aber wieso spricht Kurz nun so schlecht über die WKStA? Die Korruptions-Staatsanwälte sind überzeugt, dass er im Hintergrund eine Schmutzkampagne orchestriert. Er streut im Wesentlichen drei giftige Argumente in die Medienlandschaft. Erstens: Die Verfahren würden zu lange dauern, weil die Ankläger unfähig seien. Zweitens: Die SPÖ habe die WKStA unterwandert, die Behörde ermittle also politisch. Drittens: Die WKStA spiele Akten nach außen. Sie ist also auch kriminell.

Und stimmt das? Die lange Verfahrensdauer ist tatsächlich ein Problem. Die Oberstaatsanwaltschaft hat sie in einem letzte Woche veröffentlichten Revisionsbericht anno 2018 untersucht. Ergebnis: An den langen Verfahren seien als „ausschlaggebende Ursachen überwiegend Gründe außerhalb des Verantwortungsbereiches des zuständigen Referenten ausgemacht worden“, nämlich „Hinzukommen neuer Sachverhalte, begrenzte Ressourcen im polizeilichen Ermittlungsbereich, schleppende Ermittlungen der Finanzbehörden, begrenzte Ressourcen im Buchsachverständigenbereich, die Dauer des Auswertungsprozesses sichergestellter elektronischer Daten, die Dauer der Widerspruchsverfahren, die gehäufte Rechtsmitteltätigkeit Beteiligten und die Rechtshilfeersuchen im Ausland“.

Es ist also alles sehr kompliziert. Die wichtige Frage lautet: Wieso gibt es nicht mehr Geld, wer trägt die politische Verantwortung? Wer hat „im System“ gespart. Die Antwort: die ÖVP. Sie führt das Justizministerium seit dem Jahr 2009. Der erste nicht-schwarze Ressortchef war Übergangsjustizminister Clemens Jabloner, ein Roter. Er schlug Alarm und stellte in einem Wahrnehmungsbericht fest, dass der Justiz 90 Millionen Euro fehlten.

Was ist jetzt aber mit den roten Netzwerken in der WKStA? In der Behörde ist kein ein-

ziger Ankläger Mitglied der SPÖ. Im Gegenteil: Staatsanwälte und Richter halten sich von jeglichem parteipolitischen Engagement fern. Mit einer Ausnahme: Karoline Edtstadler. Die Ministerin ist Oberstaatsanwältin bei der WKStA und arbeitet zugleich im ÖVP-Kabinettt von Justizminister Wolfgang Brandstetter. Sie war nicht wirklich Oberstaatsanwältin, sondern hatte nur einen sogenannten „Mascherlposten“, der ihr Gehalt aufstettete.

Und die roten Seilschaften? Die gab es wohl unter Justizreformer Christian Broda bis in die Mitte der 80er-Jahre. Broda ließ damals delikate Fälle niederschlagen. Doch alle amtierenden Korruptionsstaatsanwälte sind von ÖVP-Justizministern ernannt worden und waren in den Achtzigern noch Kinder. Nur ein Ankläger bekannte sich offen zur SPÖ: Werner Pleischl, roter Stadtrat in Purkersdorf, ihm folgte die der ÖVP nahestehende Eva Marek nach.

Aber war da nicht dieses Protokoll, in dem steht, dass die SPÖ „Genossinnen und Genossen“ zum Richterdienst animieren soll? Es stammt aus dem Jahr 1997 und wurde von der ÖVP letzte Woche an die Tageszeitungen *Presse*, *Kurier* und *Österreich* gesteckt. Die zauberten große Storys aus dem alten Hut. Schon die FPÖ, aber auch das ÖVP-regierte Innenministerium hat es immer wieder Journalisten zugesteckt, um zu beweisen, wie rot „unterwandert“ die Justiz ist. In Wahrheit ist es ein Protokoll eines Meetings aus der Kanzlei des Wiener Anwalts Gabriel Lansky. Die heutige Chefin der Staatsanwaltschaft Wien, Maria-Luise Nittel, die darin als lebender Beweis für die Unterwanderung genannt wird, war aber gar nicht bei dem Meeting. Sie ist auch nicht bei der SPÖ, sondern klagte den *Kurier* erfolgreich auf Gegendarstellung, nachdem dieser über ihre angebliche Teilnahme an dem Treffen berichtet hatte.

Und der Vorwurf, die WKStA würde Akten leaken? Der ist mit hoher Wahrscheinlichkeit Unsinn. Die Ankläger würden nicht nur ihren Job, sondern Gefängnis riskieren. Sie wissen, dass Anwälte Akteneinsicht haben und ohnedies alles eines Tages publik wird. Grasser, Meisl, Buwog, BVT-Affäre, Casinos: In diesen Fällen haben Dutzende Anwälte Akteneinsicht. Sie reichen den Journalisten die Dokumente ganz legal. Einzig die Bawag-Anklage gegen Helmut Elsner wurde seinerzeit rausgespielt, ehe die Anwälte Akteneinsicht hatten. Der Täter war der damalige Pressesprecher von BZO-Justizministerin Karin Gastinger. Er bekam eine bedingte Haftstrafe. Die Sache ist lange getilgt.

Und die BVT-Affäre? Da hat die WKStA gefuschelt, die Hausdurchsuchung im Nachrichtendienst war rechtswidrig. Das Oberlandesgericht und auch der U-Ausschuss hatten die WKStA hart gerügt. Alma Zadić wird eine Reform umsetzen: Hausdurchsuchungen sollen nicht mehr mündlich beim Journalrichter beantragt werden, wie in der BVT-Affäre, sondern nur schriftlich bei einem Drei-Richter-Senat.

Ist die Sache ausgestanden? Kurz hat Zadić mehr Geld zugesagt. Aber alles bleibt vage. Die Staatsanwaltschaft Wien hingegen hat einen neuen Fall. Am Montag, nach der Aussprache mit Zadić, brüstete sich der Kanzler damit, dass er von zwei „leitenden Journalisten“ erfahren habe, dass diese geheime Informationen aus der Staatsanwaltschaft erhalten hätten. Nun wird Kurz als Zeugen die Namen der Journalisten nennen müssen. Unter Wahrheitspflicht. ☞



Ex-Finanzminister Hartwig Löger: „Thumbs up“-Emoji, als der Casinos-Deal fertig war



Maria-Luise Nittel als Beweis für die „Unterwanderung“? Dagegen klagte sie schon 1997 mit Erfolg



Karoline Edtstadler hatte einen „Mascherlposten“ in der WKStA

Mehr zum Thema

Thurnher
Die Rede des Sebastian Kurz
SEITE 5

Was heißt im Off?
Wie die ÖVP mit Journalisten über Vertrauliches spricht
SEITE 26

„Kurier“, 12.02.2020

Casinos: Syndikatsvertrag Republik und Sazka, Börsegang

VON ANDREA HODOSCHEK

Am Mittwoch wird Novomatic den Ausstieg aus den Casinos Austria formalisieren. Der niederösterreichische Gaming-Konzern hat die anderen Aktionäre für 10 Uhr ins Novomatic-Forum am Wiener Naschmarkt geladen und wird dort offiziell den Verkauf seiner 17 Prozent bekannt geben.

Ganz so einfach wird die Sache allerdings nicht. Der größte Casinos-Aktionär, die tschechische Sazka-Group (38 Prozent), möchte den Anteil übernehmen und wurde mit Novomatic auch schon handelseins, doch die anderen Aktionäre haben ein anteiliges Aufgriffsrecht. Dieses Vorkaufsrecht können sie ausüben oder auch nicht. Während die Kleinaktio-

näre eher nicht aufgreifen werden, ist die große Frage, ob die ÖBAG, die ein Drittel der Casinos hält, davon Gebrauch macht.

De facto entscheidet diese Frage aber nicht die ÖBAG, sondern die Regierung. Wirtschaftskreise in der ÖVP plädieren für einen Börsegang der Casinos. Die Staatsholding sollte jetzt aufstocken, sich dann auf die Sperrminorität (25,1 Prozent) zurückziehen und den Rest ihrer Anteile an die Börse bringen. Der ÖVP schwebt eine Aktie eher für Kleinanleger vor.

Auch Sazka sollte Aktien für den Börsegang zur Verfügung stellen. Ein IPO wäre innerhalb von zwei Jahren realistisch, schätzt man in türkisen Finanzkreisen. Nebeneffekt: Das im Regierungsprogramm vorgese-

hene Transparenzpaket soll zwar dem Rechnungshof ermöglichen, Unternehmen mit einer Staatsbeteiligung ab 25 Prozent zu prüfen. Ausgenommen davon wären jedoch börsennotierte Unternehmen.

Sazka zeigte anfänglich wenig Begeisterung an einem Börsegang der Casinos. Die Glücksspielgruppe, die hohen Kapitalbedarf hat, könnte selbst an die Börse gehen, Überlegungen dazu gab es bereits, diese wurden wieder abgesagt.

Wie man jetzt hört, sollen die Gespräche zwischen Sazka und Staatsholding gut verlaufen. Ziel von beiden Seiten ist wie berichtet ein Syndikatsvertrag, der ein abgestimmtes Vorgehen der beiden Aktionäre festschreibt. Ähnlich dem Vertrag mit America Movil, dem

Mehrheitseigentümer der Telekom Austria und dem Staatsfonds Mubadala (Abu Dhabi) für den teilstaatlichen Öl- und Gaskonzern OMV. Durchaus möglich, dass die Tschechen den Börseplänen der Casinos etwas abgewinnen können.

Novomatic-Eigentümer Johann F. Graf, der sich, wie der KURIER exklusiv berichtete, aus dem operativen Geschäft in Österreich zurückziehen will, dürfte mit dem Verkauf seiner Casinos-Anteile ein gutes Geschäft machen. Als Kaufpreis werden mehr als 100 Millionen Euro kolportiert. Die Tschechen haben diese Größenordnung in ihrem aktuellen Finanzbericht erwähnt. Sazka hatte vor Kurzem Anleihen über 300 Millionen Euro begeben. Bei der Staatsholding geht man

davon aus, dass man 60 bis 80 Millionen Euro für eine Aufstockung bräuchte. Die ÖBAG hätte kein Problem, eine solche Summe zu finanzieren.

Die Republik kann sich für eine definitive Entscheidung noch zwei Monate Zeit lassen. Es gehe um eine Lösung mit der höchsten Wertschöpfung für die Steuerzahler und den Standort, erklärt eine Sprecherin dazu.

Doch selbst wenn die ÖBAG ihr Vorkaufsrecht nutzt, haben die Tschechen bereits den Joker. Sie haben über ein Stimmrechtsabkommen mit dem Kleinaktionär Schelhammer & Schattera (das Bankhaus gehört zur Grawe-Gruppe) die Mehrheit der Stimmrechte.

andrea.hodoschek@kurier.at



„APA“, 12.02.2020

Casinos Austria - SPÖ fordert, dass ÖBAG ihr Vorkaufsrecht nutzt

Wien (OTS/SK) - Wien (SK) Die SPÖ spricht sich dafür aus, dass die ÖBAG bei den Novomatic-Anteilen an den Casinos Austria ihr Vorkaufsrecht nutzt. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer argumentiert dies damit, dass es aus ordnungspolitischen Gründen wichtig sei, dass der Staat bei den Casinos das Sagen hat. Umgekehrt geht es auch darum, eine Mehrheit der tschechischen Sazka-Gruppe zu verhindern. ****

Die SPÖ hat diese Forderung bereits im Dezember in einem Entschließungsantrag vertreten, der allerdings im Nationalrat von ÖVP, Grünen und NEOS abgelehnt wurde. Neben den ordnungspolitischen Gründen geht es darum, dass der Staat auch über die Eigentümerschaft an den Casinos Austria die Kontrolle über das Glücksspiel in Österreich behält. "Das ist wichtig, wenn es um den Spielerschutz geht", sagt Krainer. (Schluss) bj/wf/mp

„APA“, 12.02.2020

Casinos/Glücksspiele/Staatsbetrieb/Casinos Austria/Österreich/Wien

Casinos Austria - Novomatic teilt Aktionären Preis schriftlich mit

Utl.: Eigentümersitzung dauerte nicht einmal eine halbe Stunde - ÖBAG hält sich bedeckt - Börsengang war heute kein Thema - Verkaufsprozess zieht sich mehrere Monate

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Der Novomatic-Konzern hat den Mitaktionären der Casinos Austria bei der heutigen Eigentümersitzung nicht gesagt, wie viel Geld er für seinen 17-prozentigen Aktienanteil an den Casinos will. Die diesbezüglichen Unterlagen mit Infos zu Preis und sonstigen Konditionen werden in den nächsten Wochen versandt, hieß es am Mittwoch von Beteiligten zur APA.

Bis Mitte April müssen die Papiere bei den Eigentümern sein. "Da werden die Fakten drinstehen."

Die Aktionärssitzung im Wiener Novomatic Forum hat dem Vernehmen nach nicht einmal eine halbe Stunde gedauert. Die Novomatic-Gruppe von Milliardär Johann Graf hatte zu dem Treffen geladen, um die Miteigentümer formell darüber in Kenntnis zu setzen, dass sie ihren Casinos-Anteil an die tschechische Sazka-Gruppe weitergeben möchte. Sazka wollte von Anfang an die Kontrolle über die Casinos Austria, schon jetzt ist die Gruppe um Milliardär Karel Komarek mit 38 Prozent die größte Casinos-Aktionärin.

Da die Casinos-Eigentümer aber via komplizierte Verträge miteinander verflochten sind, geht der Deal nicht so einfach über die Bühne. Alle Aktionäre, auch der Staat, haben nämlich ein anteiliges Aufgriffsrecht.

Ob sie von diesem Gebrauch machen, haben sie heute nicht gesagt, hieß es. Auch ein etwaiger Börsengang der Casinos, den Teile der ÖVP für gut hielten, war kein Thema, wie Involvierte auf Nachfrage sagten.

Die Aktionäre hielten sich nach der Sitzung eher bedeckt, auch die staatliche Beteiligungsholding ÖBAG, der ein Drittel der Casinos gehören. Bei dem heutigen Treffen habe Novomatic über die Veräußerungsabsichten informiert. "Damit ist ein komplexer, in den Syndikatsvereinbarungen genau festgelegter Verkaufsprozess gestartet, der von jetzt an mehrere Monate in Anspruch nehmen kann", teilte die ÖBAG in einer Aussendung mit.

Entscheidungen seien keine gefallen. "Die ÖBAG wird nun alle Optionen in Ruhe abwägen." Die Holding suche "die Lösung mit der höchsten Wertschöpfung für den Standort und die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie den bestmöglichen Schutz österreichischer Arbeitsplätze."

Ob diese Lösung wie kolportiert ein Syndikatsvertrag mit der Sazka-Gruppe sein könnte, sagte die ÖBAG nicht. Auch zu einer in der Rede stehenden Absenkung der Beteiligung auf 25 Prozent plus eine Aktie äußerte sich die Holding nicht.

Den beteiligten Parteien sei wichtig, dass beim Verkauf der Novomatic-Anteile juristisch ja alles korrekt laufe, hieß es zur APA. Die 17,2 Prozent sind dem Vernehmen nach etwas mehr als 100 Mio. Euro wert.

Neben Sazka, der ÖBAG und Novomatic halten noch folgende Aktionäre Anteile an den Casinos Austria: das früher zur Kirche und nunmehr zur Grawe-Gruppe gehörende Bankhaus Schelhammer & Schattera (5,31 Prozent), die Privatstiftung Dipl.Ing. Melchart (4,9 Prozent), die Hotel Sacher, Eduard Sacher GmbH (0,98 Prozent) sowie vier Mini-Privataktionäre (je 0,02 Prozent; Brigitte und Ingrid Melchart, Verena und Thomas Polzer).

Mit dem Bankhaus Schelhammer & Schattera hat die Sazka-Gruppe eine Stimmrechtsvereinbarung, was den Tschechen selbst im Falle einer Aufstockung durch die ÖBAG die Stimmrechtsmehrheit bei den Casinos Austria sichern würde.

„APA“, 12.02.2020

Casinos/Glücksspiele/Korruption/Vorstand/Casinos Austria/Österreich

Casinos Austria - Rasinger für Börsengang

Utl.: Staat sollte aus Sicht des Anlegerschützers Beteiligung eher reduzieren anstatt sie aufzustocken - Auch Lotterien-Gesellschafterstruktur gehöre bereinigt, Novomatic habe "Doppelfunktion"

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Zur Stunde informiert der Novomatic-Konzern die Miteigentümer der Casinos Austria, dass er sein 17-prozentiges Casinos-Aktienpaket an die tschechische Sazka verkaufen will. Der Deal kann nicht einfach so über die Bühne gehen, weil alle Aktionäre, auch der Staat, ein anteiliges Aufgriffsrecht haben. Nach Ansicht von Anlegerschützer Wilhelm Rasinger sollte der Staat nicht aufstocken, sondern die Casinos an die Börse bringen.

Derzeit hält die Republik über die Beteiligungsholding ÖBAG 33 Prozent an den Casinos, Mehrheitseigentümerin ist mit 38 Prozent schon jetzt die tschechische Sazka-Gruppe, hinter der der Milliardär Karel Komarek steht. Novomatic-Eigner Johann Graf will aus dem ehemals größten Konkurrenten im Inland aussteigen, das 17-prozentige Aktienpaket ist etwas mehr als 100 Mio. Euro wert.

Im Gefolge der Sitzung bekommen alle Casinos-Aktionäre wahrscheinlich noch einmal zwei Monate Zeit, um sich zu entscheiden, ob sie die von Novomatic zum Verkauf gestellten Casinos-Anteile unter den heute bekanntgegebenen Bedingungen anteilig aufgreifen.

Die ÖBAG sollte das nicht tun, sagte Rasinger am Mittwoch zur APA und sprach sich erneut für einen Börsengang der Casinos Austria aus. Wünschenswert wäre ein starker Kernaktionär mit einem Anteil von 25 Prozent. Das müsse nicht unbedingt die ÖBAG sein, wenngleich er sich momentan außer der Beteiligungsholding niemanden vorstellen könne, der kurzfristig "so viel Geld für diese Branche zur Verfügung stellt".

Dem Vernehmen nach verhandelt die tschechische Sazka, die von Anfang an die Kontrolle über die Casinos angestrebt hat, bereits seit geraumer Zeit mit der ÖBAG. In der Rede ist eine Lösung nach dem Vorbild der börsennotierten Firmen Telekom oder OMV, wo der Staat ebenfalls investiert ist und bei wichtigen Fragen mitreden darf.

Eine "konstruktive Aktionärsvereinbarung" zwischen ÖBAG und Sazka ist aus Sicht von Rasinger "das Beste, was man derzeit machen kann". Aber: "Es muss nicht 1:1 die Telekom nachgebildet werden." Keine so gute Idee wäre es bei den Casinos nach Meinung Rasingers, wenn der Staat CEO und Aufsichtsrat bestimmen könnte. "Da bin ich vorsichtig. Bei den Casinos haben wir leidvolle Erfahrungen machen müssen, was da alles möglich ist", so Rasinger im Hinblick auf die Politpostenschacheraffäre rund um den schon wieder abgesetzten Casinos-Finanzchef Peter Sidlo (FPÖ), die im Mittelpunkt strafrechtlicher Ermittlungen steht.

Es genüge, wenn die ÖBAG zwei bis drei Aufsichtsräte in den Casinos sitzen hätte; und der Casinos-Aufsichtsrat sollte auf sechs bis acht Mitglieder verkleinert werden, so Rasinger. Derzeit sind es 18.

Wichtig wäre aus Sicht des Anlegerschützers und Präsidenten des Interessensverbands für Anleger (IVA) ein Börsengang. "Dadurch erhöht sich die öffentliche Kontrolle und die Verantwortung des Managements gegenüber der Allgemeinheit." Und: "Das, was wir in der Vergangenheit hatten, wäre nicht mehr möglich", so Rasinger.

Einen IPO der Casinos befürworten auch Teile der ÖVP, wie schon seit längerem zu hören ist. Damit würden die Casinos übrigens der von der Regierung vorgesehenen Kontrolle durch den Rechnungshof (RH) doch entgehen. Laut dem türkis-grünen Transparenzpaket soll der RH künftig zwar schon Unternehmen ab 25 Prozent Staatsanteil prüfen dürfen. Börsennotierte Staatsfirmen, so steht es im Regierungsprogramm, sind aber ausgenommen.

„APA“, 12.02.2020

Österreichische Beteiligungs AG prüft alle Optionen zum Wohl der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

ÖBAG wurde in der Aktionärsversammlung offiziell über Verkaufsabsichten der Novomatic AG informiert

Wien (OTS) - Nach einer ersten Absichtserklärung im Jänner 2020 hat die Novomatic AG in der heutigen Aktionärsversammlung die Aktionäre der CASAG offiziell über eine Veräußerungsabsicht ihrer 17,19 Prozent - Anteile an der CASAG an die tschechische Sazka-Gruppe informiert. Damit ist ein komplexer, in den Syndikatsvereinbarungen genau festgelegter Verkaufsprozess gestartet, der von jetzt an mehrere Monate in Anspruch nehmen kann.

In der heutigen Sitzung selbst sind noch keine Entscheidungen gefallen. Die ÖBAG wird nun alle Optionen in Ruhe abwägen. Das übergeordnete Ziel der ÖBAG ist klar: Wir suchen, wie bei allen unseren Beteiligungen, die Lösung mit der höchsten Wertschöpfung für den Standort und die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie den bestmöglichen Schutz österreichischer Arbeitsplätze.

Über die ÖBAG

Derzeit hält die ÖBAG elf Beteiligungen: OMV AG, Österreichische Post AG, Telekom Austria AG, CASAG, BIG, APK Pensionskasse, GBK-Bergbau, IMIB, SCHOELLER-BLECKMANN GmbH und FIMBAG. Die an der Börse notierte Verbund AG wird von der ÖBAG für das Bundesministerium für Finanzen gemanagt. Die ÖBAG verfolgt das Ziel einer verantwortlichen, auf nachhaltige und langfristige Wertschaffung ausgerichtete Steuerung der Beteiligungen des Bundes. Mit einer vorausschauenden Umsetzung der Eigentümerinteressen stärkt die ÖBAG den Standort Österreich.

„news.ORF.at“, 12.02.2020

Casinos-Aktionärssitzung zur Aufstockung von Sazka

Der niederösterreichische Glücksspielriese Novomatic informiert heute die Mitaktionäre der Casinos Austria, dass er seine 17,2-prozentige Casinos-Beteiligung an die tschechische Sazka verkaufen will.

Die Tschechen halten bereits 38 Prozent an den Casinos und wollen die Mehrheit am teilstaatlichen Glücksspielkonzern. Spannend ist, ob der Staat seine Anteile aufstockt.

Die Aktionäre der Casinos sind durch komplizierte Verträge miteinander verflochten. Sie haben alle ein anteiliges Aufgriffsrecht. Theoretisch könnte also die staatliche Beteiligungsholding ÖBAG, die ein Drittel an dem von der Casinos-Affäre um einen FPÖ-Postenschacher gebeutelten Unternehmen hält, ihren Anteil erhöhen. Das gilt aber derzeit als eher unwahrscheinlich, denn das Aktienpaket, das Novomatic loswerden will, kostet mehr als 100 Mio. Euro.

Dass die Kleinaktionäre sowie das Bankhaus Schelhammer & Schattera die Novomatic-Anteile aufgreifen werden, gilt als unwahrscheinlich. Was die Öbag macht, ist bedeutsam für das Unternehmen. Die staatliche Beteiligungsgesellschaft lässt sich bisher aber nicht in die Karten schauen. Kolportiert wird, dass die Öbag die zum Verkauf stehenden Casinos-Aktien nicht aufgreift, aber bereits mit der tschechischen Sazka einen Deal wie mit der Telekom Austria aushandelt. Die AI Telekom Austria gehört zu 51 Prozent der mexikanischen America Movil, die Republik hält via Öbag 28,4 Prozent. Die beiden Großaktionäre haben einen Syndikatsvertrag, sodass der Staat über den Vorstandsvorsitzenden und den Aufsichtsratschef bestimmen kann.

Sazka strebt Kontrolle an

Eine solche Lösung könnte auch bei den Casinos Austria angestrebt werden, heißt es in involvierten Kreisen. Die bestehenden Casinos-Aktionäre können immer nur anteilmäßig aufgreifen, die Öbag könnte rein rechnerisch also nur ein Drittel des Novomatic-Anteils von 17,2 Prozent, sohin 5,7 Prozent, kaufen und verfügte dann über knapp 39 Prozent. Die Sazka wiederum hat von Anfang an die Kontrolle über die Casinos Austria angestrebt und hat zudem eine Stimmrechtsvereinbarung mit Schelhammer & Schattera, was den Tschechen selbst im Fall einer Aufstockung durch die Öbag die Mehrheit sichern würde.

Das Novomatic-Paket ist dem Unternehmen nach 100 Mio. Euro wert. Die Sazka-Gruppe erklärte im jüngsten Finanzbericht, für den Kauf weiterer Casinos-Anteile eine weitere Finanzierung über 100 Mio. Euro zu brauchen; erst Anfang Februar emittierte die Gruppe, hinter der der Milliardär Karel Komarek steht, Schuldscheine in Höhe von 300 Mio. Euro.

Die Öbag äußerte sich nicht zu ihren Absichten. (APA)

„APA“, 11.02.2020

Glücksspiele/Casinos

Austria/Novomatic/Österreich/Wien/PrimaVista

Casinos Austria - Aktionärssitzung zur Aufstockung von Sazka

**Utl.: Novomatic trennt sich von 17-Prozent-
Anteil**

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Der niederösterreichische Glücksspielriese Novomatic informiert am Mittwoch ab 10 Uhr die Mitaktionäre der Casinos Austria, dass er seine 17,2-prozentige Casinos-Beteiligung an die tschechische Sazka verkaufen will. Die Tschechen halten bereits 38 Prozent an den Casinos und wollen die Mehrheit am teilstaatlichen Glücksspielkonzern. Spannend ist, ob der Staat seine Anteile aufstockt.

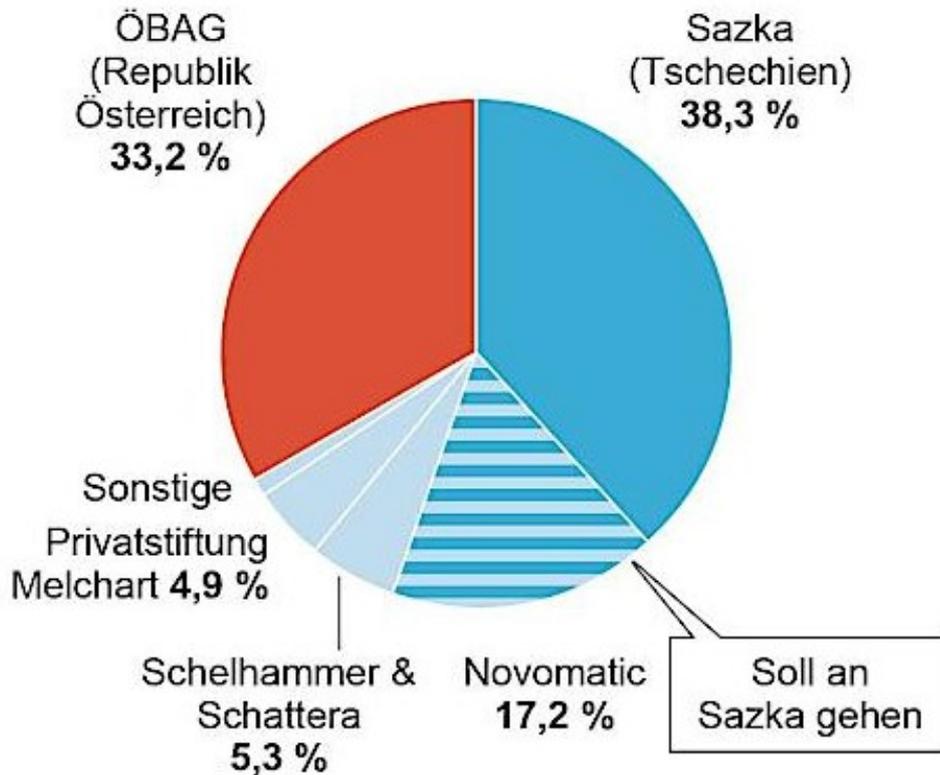
Die Aktionäre der Casinos sind durch komplizierte Verträge miteinander verflochten. Sie haben alle ein anteiliges Aufgriffsrecht. Theoretisch könnte also die staatliche Beteiligungsholding ÖBAG, die ein Drittel an dem von der Casinos-Affäre um einen FPÖ-Postenschacher gebeutelten Unternehmen hält, ihren Anteil erhöhen. Das gilt aber derzeit als eher unwahrscheinlich, denn das Aktienpaket, das Novomatic loswerden will, kostet mehr als 100 Mio. Euro.

„APA“, 11.02.2020

Glücksspiele/Börsen und Märkte/Wien

Anteile an Casinos Austria

Anteile an Casinos Austria



„APA“, 11.02.2020

Casinos-Austria-Aktionäre sprechen morgen über Aufstockung von Sazka

Utl.: Novomatic will 17-Prozent-Anteil an Tschechen verkaufen - Sitzung dürfte unaufgeregt über die Bühne gehen - Alle Eigentümer haben Vorkaufsrechte - Spannend ist, was der Staat macht

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Am Mittwoch treffen sich die Aktionäre der teilstaatlichen Casinos Austria AG, um über den Ausstieg des Eigentümers Novomatic zu sprechen. Der niederösterreichische Glücksspielkonzern will seine 17,2 Prozent an die tschechische Sazka-Gruppe verkaufen, die bereits jetzt 38 Prozent an den Casinos hält. Spannend ist die Sitzung deswegen, weil alle Aktionäre - auch der Staat - Aufgriffsrechte haben.

Zu der Aktionärsversammlung hat die Novomatic AG geladen, sie findet ab 10 Uhr im Novomatic-Forum in Wien statt. Die weiteren Miteigentümer neben Sazka und Novomatic sind die staatliche Beteiligungsholding ÖBAG (33,24 Prozent), das früher zur Kirche und nunmehr zur Grawe-Gruppe gehörende Bankhaus Schelhammer & Schattera (5,31 Prozent), die Privatstiftung Dipl.Ing. Melchart (4,9 Prozent), die Hotel Sacher, Eduard Sacher GmbH (0,98 Prozent) sowie vier Mini-Privataktionäre (je 0,02 Prozent; Brigitte und Ingrid Melchart, Verena und Thomas Polzer).

Dass die Kleinaktionäre sowie das Bankhaus Schelhammer & Schattera die Novomatic-Anteile aufgreifen werden, gilt als unwahrscheinlich, wie mehrere Involvierte der APA sagten.

Was die ÖBAG macht, ist bedeutsam für das Unternehmen; die staatliche Beteiligungsgesellschaft lässt sich bisher nicht in die Karten schauen. Kolportiert wird, dass die ÖBAG die zum Verkauf stehenden Casinos-Aktien nicht aufgreift, aber bereits mit der tschechischen Sazka einen Deal wie mit der Telekom Austria aushandelt. Die A1 Telekom Austria gehört zu 51 der mexikanischen America Movil, die Republik hält via ÖBAG 28,4 Prozent; die beiden Großaktionäre haben einen Syndikatsvertrag, sodass der Staat über den CEO und den Aufsichtsratschef bestimmen kann.

Eine solche Lösung könnte auch bei den Casinos Austria angestrebt werden, heißt es in involvierten Kreisen, zumal es für den Staat keinen Unterschied mache, ob er 33 oder ein paar Prozent mehr hält. Die bestehenden Casinos-Aktionäre können immer nur anteilmäßig aufgreifen, die ÖBAG könnte rein rechnerisch also nur ein Drittel des Novomatic-Anteils von 17,2 Prozent, sohin 5,7 Prozent, kaufen und verfügte dann über knapp 39 Prozent. Die Sazka wiederum hat von Anfang an die Kontrolle über die Casinos Austria angestrebt und hat zudem eine Stimmrechtsvereinbarung mit Schelhammer & Schattera, was den Tschechen selbst im Falle einer Aufstockung durch die ÖBAG die Stimmrechtsmehrheit sichern würde.

Das ganze ist freilich auch eine Frage des Geldes. Das Novomatic-Paket ist nach APA-Informationen etwas über 100 Mio. Euro wert. Die Sazka-Gruppe erklärte im jüngsten Finanzbericht, für den Kauf weiterer Casinos-Anteils wahrscheinlich eine weitere Finanzierung über 100 Mio. Euro zu brauchen; erst Anfang Februar emittierte die Gruppe, hinter der der Milliardär Karel Komarek steht, Schuldscheine in Höhe von 300 Mio. Euro.

Die ÖBAG äußerte sich am Dienstag nicht zu ihren Absichten. Am morgigen Mittwoch werde man offiziell über die Veräußerungsabsicht von Novomatic informiert, es handle sich um einen komplexen Verkaufsprozess, der sich über Monate ziehe, sagte eine Sprecherin der Staatsholding zur APA. "Wir versuchen, die Lösung mit der höchsten Wertschöpfung für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und für den Standort zu erreichen".

Immer wieder in der Rede stand auch, dass der Staat (respektive die ÖVP) die Casinos an die Börse bringen und sich auf eine Sperrminorität von 25 Prozent + 1 Aktie zurückziehen könnte. Beteiligte halten einen IPO derzeit für eher kompliziert.

Dass es morgen schon zu einer Art von Entscheidung kommt, glaubt keiner der Beteiligten. Nach der Sitzung wird es vermutlich eine neuerliche zweimonatige Frist geben, innert derer die Aktionäre nachdenken können, was sie tun. Sollte keiner vom Vorkaufsrecht Gebrauch machen, dauert es vermutlich noch einmal zwei, drei Monate, bis die Anteile endgültig zur Sazka wandern, da eine ganze Reihe von Genehmigungen vonnöten sein wird, im Inland wie im Ausland, etwa von Glücksspielregulatoren. Wettbewerbsrechtlich dürfte die Aufstockung der Sazka laut Einschätzung von Experten kein Problem sein.

Die ÖBAG jedenfalls will "alle Optionen in Ruhe abwägen". Im Gespräch sei man grundsätzlich mit allen Aktionären, großen wie kleinen. Dem Staat gehe es darum, die Casinos Austria wieder in ruhigere Fahrwasser zu bringen.

Auch den anderen Miteigentümern ist daran gelegen, dass das von der Casinos-Affäre rund um einen Polit-Postenschacher gebeutelte Unternehmen endlich aus den Schlagzeilen kommt, wie es heißt.

Die Sitzung am Mittwochvormittag dürfte eher unaufgeregt über die Bühne gehen, erwarten Beteiligte. Dem Vernehmen nach dürften die Aktionäre "nur" ihre Anwälte schicken. Der Novomatic-Konzern im Eigentum von Johann Graf wird erläutern, zu welchen Rahmenbedingungen er die Casinos-Anteile verkaufen will.

Der Verkauf der 17,2 Prozent bedeutet aber noch keine komplette Scheidung der ehemaligen großen Rivalen am österreichischen Glücksspielmarkt, Casinos-Austria-Konzern und Novomatic, denn Novomatic ist auch an den Lotterien (sie gehören zur Casinos-Austria-Gruppe) mit rund 11 Prozent beteiligt. Derzeit ist nach APA-Informationen offen, ob sich Eigentümer Graf diese Beteiligung behalten möchte.

Wegen der Casinos-Affäre, im Zuge derer es auch bei Novomatic-Gründer und -Eigentümer Graf eine Razzia gegeben hatte, hat Novomatic kürzlich bekanntgegeben, sich aus dem österreichischen Glücksspielmarkt zurückziehen zu wollen. Der Konzern will sich um keine Länderlizenzen mehr für das Automatenspiel bewerben, auch nicht für künftige Spielbanklizenzen oder die Lotteriekonzession. Milliardär Graf hat nämlich die Nase voll. Bei der Hausdurchsuchung im Vorjahr hat er laut Protokoll mehreren Medienberichten zufolge gesagt, dass er nur fünf Prozent seines Umsatzes in Österreich mache, aber hier 100 Prozent seiner Steuern zahle und dafür 80 Prozent der Probleme habe.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt gegen elf Beschuldigte, ob für die Bestellung des ehemaligen FPÖ-Bezirkspolitikers Peter Sidlo als Casinos-Austria-Finanzchef (er ist schon wieder abberufen, Anm.) Novomatic Glücksspiellizenzen in Aussicht gestellt wurden. Im Zuge der Ermittlungen kam es zu Hausdurchsuchungen unter anderem bei Ex-Vizekanzler und Casinos-Aufsichtsrat Josef Pröll (ÖVP), Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) und eben Novomatic-Eigentümer Graf.

„European Gaming“, 10.02.2020

INDUSTRY NEWS

NOVOMATIC scores hat trick as “Casino Supplier of the Year”



At the ceremony for the Global Gaming Award, held at the world’s largest gaming fair ICE in London, NOVOMATIC on February 3, 2020 managed to score a hat trick. For the third time in a row, NOVOMATIC was honored as “Casino Supplier of the Year” at the international award ceremony. In the race to defend its title, the company based in Gumpoldskirchen, Lower Austria, prevailed against nine high-profile international competitors. The coveted prize was awarded during a festive ceremony at the Hippodrome Casino in London. “To us, being named ‘Casino Supplier of the Year’ for the third year in a row is a very special confirmation of our achievements as a reliable and innovative international technology provider. We could not have hoped for a better start to our 40th anniversary year,” says NOVOMATIC CEO Harald Neumann, pleased with the renewed success.

This prestigious prize is awarded to companies in a total of 16 categories for their product and service innovations. The jury, consisting of more than 50 of the world’s leading industry experts, selects the winners from 175 nominated candidates. Because of this, the Global Gaming Award is considered one of the fairest and most reputable awards in the entire gaming industry, as every vote is awarded independently and audited by KPMG, the world’s largest auditing and consulting firm. The Global Gaming Award is a clear indicator of a company’s success and credibility, as it recognizes the company as a market leader and rewards the work done over the previous twelve months.

About NOVOMATIC:

The NOVOMATIC Group (including the NOVO SWISS AG and Novo Invest GmbH) is one of the biggest international producers and operators of gaming technologies and employs around 30,000 staff worldwide. Founded by entrepreneur Professor Johann F. Graf in 1980, the Group has locations in around 50 countries and exports high-tech electronic gaming equipment and solutions to more than 75 countries. The Group operates around 230,000 gaming terminals and video lottery terminals (VLTs) in its some 2,100 plus gaming operations as well as via rental concepts.

Through its numerous international subsidiaries, the NOVOMATIC Group is fully active in all segments of the gaming industry and thus offers a diversified Omni-channel product portfolio to its partners and clients around the world. This product range includes land based gaming products and services, management systems and cash management, online/mobile and social gaming solutions as well as lottery and sports betting solutions together with a range of sophisticated ancillary products and Services.